

Umschau.

Bekennntnis und Vaterland. Allgemein ist die Freude und der Jubel darüber, daß in den ersten Stunden, die wir jetzt erleben, alle Staatsbürger des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie ohne Unterschied der religiösen Bekenntnisse, der Parteien und Nationalitäten bereitwillig und in edlem Wettstreit Gut und Blut dem Dienst der gemeinsamen Sache darboten. Aber nun sollte man sich auch mit peinlicher Sorgfalt hüten, daß nicht ein Teil oder eine Parteirichtung es den andern Gliedern erschwert oder verleidet, an diesem einträchtigen Opfersinn festzuhalten bis zum glücklichen Ende. Mahnungen in dem Sinne sind schon vielfach ausgesprochen worden, und von hohen und höchsten Stellen ist manches geschehen, was geeignet ist, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität aller Staatsbürger freudig zu beleben und Hindernisse, die bisher im Wege standen, zu entfernen. Dinge, die bis jetzt unmöglich schienen, sind auf einmal Wirklichkeit geworden. Daneben kommen aber noch viel zu viel Rückfälle in kaum überwundene Unart vor, daß nämlich Parteigänger eines der erwähnten Unterschiede, die selbstverständlich auch in Zukunft bleiben werden, sich bewußt oder unbewußt darauf verlegen, den mächtigen Strom der Geschlossenheit und Eintracht in das enge Rinnsal ihrer besondern Liebhaberei zu leiten. Oder was ist es anderes, wenn jemand unter dem Stichwort „Nachklinge zum Reformationsfest — Hundert Jahre deutscher Bibelgesellschaft“ uns nahe legen will, daß, nachdem einmal „die Konfessionen sich über des Vaterlandes heiliger Not die Hand gereicht, das herrliche Lutherlied ‚Ein’ feste Burg ist unser Gott‘, das sonst als das ausgesprochen evangelische (d. h. protestantische) Schutz- und Trutslied gesungen worden, jetzt als das christliche Nationallied ohne Unterschied des Bekenntnisses“ erklingen solle? („Der Tag“ Nr 263 vom 8. Nov. 1914.) Wenn der Verfasser jenes Artikels es in der Ordnung findet, daß seine Glaubensgenossen auch in Kriegszeit das Reformationsfest und das Jubiläum der preussischen Bibelgesellschaft feiern, so werden wir ihm da nicht darein reden. Etwas anderes aber ist es, wenn er uns Katholiken zumutet, mit ihm „das Werk Luthers“ festlich zu feiern und die Lutherbibel wieder zum deutschen Volksbuch aller Bekenntnisse zu machen. Eine so einseitige Ausnutzung der einträchtigen Opferwilligkeit zur Förderung von Sonderwünschen und Parteivorteilen ist unbillig, schädlich und ausichtslos.

Unbillig ist das Unterfangen, denn warum soll gerade das Luthertum den Rahm abschöpfen von der Kriegsbegeisterung, die glücklicherweise mit Religionskrieg nichts zu tun hat? Ist doch in den beiden verbündeten Kaiserreichen die Zahl der Katholiken wenigstens nicht geringer als die der Protestanten, und diese sind dazu noch in verschiedene Bekenntnisse gespalten.

Der Vorschlag ist überdies schädlich, gerade wie auch die im nämlichen Artikel beliebte einseitige und überspannte Hervorhebung des Deutschtums oder des „Christlich-Deutschen“ als des einigenden Kittes der Verbündeten von großem Nachteil werden könnte. Die Politiker, auch solche, die noch vor kurzem für alldeutsche Lustschlösser schwärmten, haben seit Beginn des Krieges „ungelernt“ und eingesehen, daß es kaum etwas Unpatriotischeres gibt als ihr angebetetes Übermaß von Nationalismus. Wer aller geschichtlichen Entwicklung zum Trotz in jedem Großstaat nur ein Volkstum, nur eine Muttersprache, nur eine Schablone geschichtlich überkommener Erinnerungen gelten lassen will, läuft Gefahr, einen großen Teil der wertvollsten Kräfte dem gemeinsamen Vaterland ohne Not zu entfremden. Ebenso verhält es sich nun auch mit den Rücksichten, die man gegen ein Glaubensbekenntnis, und zumal das katholische, zu nehmen hat. „Seht dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.“ Dieser Grundsatz ist für uns Katholiken nicht nur ein mundgerechtes Schlagwort, sondern ein stahlhartes Richtmaß unseres Gewissens. Sein erster Teil ist die feste Grundlage, auf der unsere Treue, Opferwilligkeit und Todesverachtung im Kampfe für das irdische Vaterland ruht. Aber ebenso heilig und vom ersten unzertrennlich ist der zweite Teil des Grundsatzes. Was unsere Pflicht gegen Gott, was unsere Religion von uns verlangt, das bestimmt sich nicht nach Rücksichten politischer Nützlichkeit oder Bequemlichkeit, sondern nach der Richtschnur des Glaubens, des Gewissens und der Offenbarung. Wer uns zumutet, zur Förderung der Vaterlandsiebe und des kriegerischen Gemeingeistes unser katholisches Bekenntnis verschämt unter den Scheffel zu stellen, Luthers Trug- und Kampflieder zu singen und Lutherbibeln verteilen zu helfen, der will unserer Treue gegen Kaiser und Reich die Wurzel abschneiden. Denn ein Katholik, der aus derartigen irdischen und vergänglichen Beweggründen seinen Glauben, sein religiöses Bekenntnis vor den Menschen verleugnet, liefert eben damit den Beweis, daß ihm Glaube und Religion nicht mehr Herzens- und Gewissenssache ist. Eine auf diesem Wege angebahnte Einigung der Bekenntnisse mag zur Erzielung eines lärmenden Hurrapatriotismus beitragen, für die Stunde der Gefahr ist sie nichts wert. Eine erste Tat der Feigheit wird nur zu bald eine zweite nach sich ziehen.

Darum hat die erwähnte Einladung, mag sie auch in bester Absicht immer wieder ergehen, keine Aussicht auf Erfolg. Unzeitgemäß und ganz aussichtslos ist insonderheit der Plan, die Lutherbibel jetzt zum gemeinsamen Volksbuch der Deutschen zu machen. Ob sie überhaupt jemals das allgemeine Volksbuch auch nur der deutschen Protestanten war, ist eine Frage, die wir dahingestellt sein lassen. Tatsache aber und auch vom Verfasser des genannten Artikels anerkannt ist es, daß Luthers Verdeutschung der Bibel die Stellung als Volksbuch längst nicht mehr einnimmt. Merkwürdigerweise mehren sich die Klagen über steigende Gleichgültigkeit und Abneigung gegen dieses Bibelbuch in gleichem Maße, wie die Zahl der gedruckten und kolportierten Lutherbibeln zunimmt. Das Kriegsjahr 1870—1871 gab nämlich den Bibelgesellschaften einen neuen Ansporn ihres Eifers, aber gerade mit Bezug auf jene Zeit sagt unser Artikelschreiber: „Die eingehenden Berichte klagen, daß es mit der Bibelsache bergab gehe, daß die Gemeinden der

Bibel ein nur geringes Interesse entgegenbringen, ja selbst die Pastoren nehmen sich der Bibelsache wenig an.“

Die Gründe für diese Erscheinung sind nicht schwer zu erkennen. Die zersetzenden Zweifel der neuprotestantischen „kritischen“ Theologen, der lästerliche Spott gewisser sozialistischer und antisemitischer Heger gegen das Alte Testament, und auf der andern Seite wieder engherzige Schrullen pietistischer Bibelversechter haben viele Protestanten irre gemacht. Dazu kommt, daß die Rede von der „Lutherbibel“ im Grunde genommen längst zu einem Worte ohne Inhalt geworden ist. Denn die Sprache, deren sich Luther vor vier Jahrhunderten bediente, ist dem deutschen Volke längst unverständlich geworden. Darum haben die Buchdrucker schon seit langen Jahren immer wieder nach eigenem Geschmack und Verstand an dem Wortlaut dieser Bibel geändert und gemodelt. Dem hieraus entstandenen Wirrwarr suchten die Kirchenbehörden seit Mitte des vorigen Jahrhunderts durch wiederholte offizielle Revisionen oder Verbesserungen der Lutherbibel abzuhelpen, ohne damit bis heute zu einem befriedigenden Ziele zu gelangen.

Der Hauptgrund der Bibelmißbilligkeit im protestantischen Volke liegt aber in dem Umstand, daß die heiligen Schriften als Ganzes und ohne Erklärung überhaupt nicht geeignet sind, ein Volksbuch zu werden. Das ist auch gar nicht ihre von Gott gewollte Bestimmung, und auf dieser Erkenntnis fußt die ablehnende Haltung der katholischen Kirche gegen jene Bibelgesellschaften, welche wörtliche Übersetzungen der ganzen Bibel ohne alle Erklärungen oder auch mit protestantischen Zutatzen unter alle Schichten des Volkes, auch des katholischen, zu bringen suchen.

Seit einiger Zeit haben sich übrigens die Protestanten gezwungen gesehen, die Nichtigkeit dieser Stellungnahme anzuerkennen, indem sie unter dem Titel „Schulbibel“, „Volksbibel“, „Bibellesebuch“ usw. nicht mehr die ganze Lutherbibel, sondern Auszüge und Auswahlen solcher Teile der Heiligen Schrift veranstalteten, welche ihnen für den religiösen Unterricht und die Erbauung wertvoll schienen. Wir begrüßen diesen Wandel der Einsicht sehr beifällig. Nun möge man es aber auch uns Katholiken überlassen, in unserer Weise dafür Sorge zu tragen, daß die Heilige Schrift und überhaupt religiöse Erbauungsschriften unter unsern Glaubensgenossen verbreitet werden. Für die Bemühungen englischer oder internationaler und interkonfessioneller Bibelgesellschaften, unsere Soldaten im Felde, Verwundete und Kriegsgefangene aus katholischen Ländern mit Lutherbibeln und unkatholischen Flugschriften zu versorgen, möchten wir ablehnend danken. Wir sind zu dieser Ablehnung um so mehr befugt, als es den Katholiken, die guten Willens sind, nicht an Gelegenheit fehlt, für billiges Geld in den Besitz einer Heiligen Schrift, eines Neuen Testaments oder eines Evangelienbuches zu gelangen. In Rom besteht seit langem ein Verein zur Verbreitung der Evangelien in italienischer Sprache, der von den Päpsten belobt und gesegnet war. Eine der ersten Kundgebungen des neugewählten Papstes Benedikt XV. war ein Glückwunschbrief an den Kardinal Cassetta vom 8. Oktober 1914, worin er ihm und der unter des Kardinals Führung arbeitenden „Gesellschaft des hl. Hieronymus zur Verbreitung des Evangeliums“ seinen warmen Beifall zu diesem Werke ausspricht. „Es ist unser Wunsch und unsere Mahnung“, sagt der Heilige Vater, „daß die

gedruckten Evangelien allgemein verbreitet werden, aber was uns besonders am Herzen liegt, ist die weitere Frucht, daß nämlich das heilige Buch in den christlichen Familien heimisch werde als jene Drachme, die alle mit Eifer suchen und mit Sorgfalt bewahren, mit andern Worten, daß alle Gläubigen sich an die tägliche Lesung und Betrachtung des Evangeliums gewöhnen" (Acta Apostolica Sedis 1914, Nr 17).

In Deutschland ist ebenfalls gesorgt, daß Ausgaben der heiligen Schriften allen, die Verlangen danach tragen, zu Gebote stehen. Borromäusverein, Volksverein und österreichische Pressevereine nehmen sich der guten Sache an.

Es wird also dabei bleiben müssen, daß bei aller Bundeestreue und engster Eintracht im Kampf fürs Vaterland der katholische Volksteil in Deutschland und Österreich auch seinem Glauben und seiner Kirche die Treue bewahrt. Eine Einschwärzung des Vos-von-Rom-Gedankens unter der Flagge der Kriegsbegeisterung wäre Verrat an der guten Sache.

Matthias Reichmann S. J.

Spinoza und das Völkerrecht. Wenn Spinoza jetzt von den Toten auferstände und in den Streit der Völker mit der Feder eingriffe, würde er wohl nichts heftiger befehlen als die Klagen über verletztes Völkerrecht und das Für und Wider des gerechten und ungerechten Krieges. Ein Völkerrecht im strengen Sinn ist nach ihm unsagbar, und der Begriff des ungerechten Krieges eines logisch denkenden Menschen unwürdig.

So manche, die in Friedenszeiten Spinozas Anschauungen bewundern und befolgen, wagen es jetzt angesichts der schrecklichen Verwüstungen des Weltkrieges nicht, Theorien zu vertreten, welche den Kampf der Gerechtigkeit dem der Lüge gleichstellen. Und doch ist es gerade in solchen Zeiten von höchster Wichtigkeit, die politischen Lehren eines so gescheiten und so mild gesinnten, friedliebenden Mannes, Lehren, die trotz ihrer kulturbedrohenden Grundstimmung in gelehrten Kreisen außerordentlichen Anklang fanden und finden, im Lichte des hoch auflodernden Völkerbrandes auf ihren Ursprung und ihre Tragweite zu prüfen.

Vor den Staatenbildungen, im Naturzustand gibt es nach Spinoza kein Recht, das einem andern gegenüber eine Pflicht erzeugte. Jeder sorgt nur für sein Leben und sein Wohl. Das Recht ist Macht. Das Recht des Stärkeren ist allein maßgebend.¹

Diesem unerträglichen Zustand macht die staatliche Gemeinschaft ein Ende. Der einzelne Mensch gibt seine Rechte an den Staat ab, der nun für Ordnung und Wohlfahrt sorgt. Erst jetzt entstehen die Begriffe von Recht und Unrecht im strengen Sinn, von Gut und Böse, von Mein und Dein. Der Wille des Staates hat jetzt als der Wille aller zu gelten. Der Staat allein bestimmt, was gut und gerecht ist. Man muß sich fügen und die Gesetze ausführen, selbst wenn man von ihrer Ungerechtigkeit überzeugt ist.

¹ Diese Lehren, wie sie im folgenden skizziert werden, vertritt Spinoza im Tractatus theologico-politicus c. 16 und im Tract. politicus c. 2 u. 3.